Aufarbeitung der Ereignisse von Emsdetten geht weiter

Mittwoch, 22. November 2006

Verbot von Computerspielen soll

offenbar alle Probleme lösen

Mehr zum Thema:

ºKatja Kipping:

Ursache auch in

realen Problemen

suchen

º "Dass ich ein

Verlierer bin" -

Motive eines

Amokläufers

(Sebastian B.'s

Abschiedsbrief)

Emsdetten (dpa/LiZ). Zwei Tage nach dem Amoklauf an einer Realschule in Emsdetten soll am Mittwoch Schülern, Eltern und Lehrern - aber auch den Hinterbliebenen des getöteten Amokläufers - bei einem Gottesdienst Trost gespendet werden. Außerdem soll es erste Versuche geben, den Unterricht für die Schüler der Geschwister-Scholl- Realschule wieder aufzunehmen. Unterdessen ist eine kontroverse Debatte um ein Verbot von gewaltverherrlichenden Internet-Videospielen entbrannt.

Nach dem Gottesdienst in der katholischen St.-Pankratius-Kirche in Emsdetten soll es nach Auskunft der Schulleiterin Karola Keller in Ausweich-Klassenzimmern anderer Schulen erste Gespräche von Lehrern mit den Jugendlichen der Jahrgangsstufen 8 bis 12 geben. Gewöhnliche Unterrichtsstunden seien dies aber nicht. Die jüngeren Schüler sollen wie bereits am Dienstag in einem Kulturzentrum von Psychologen und Seelsorgern betreut werden.

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) kündigte eine Bundesratsinitiative zum Verbot von gewaltverherrlichenden

Computerspielen an. Auch Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) sprach sich in der Oldenburger «Nordwest-Zeitung» (Mittwoch) nachdrücklich für ein Verbot von so genannten Killerspielen aus und verlangte harte Strafen gegen Verstöße. «Mir macht niemand weis, dass Killerspiele ungefährlich sind», sagte Beckstein der Zeitung. «Selbstverständlich tragen sie dazu bei, dass junge Menschen abgestumpft werden und Gewalt für etwas Selbstverständliches halten.»

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) äußerte sich dagegen skeptisch. «Computerspiele wie "Counterstrike" sind verabscheuungswürdig. Aber wer glaubt, mit einem Verbot alle Probleme lösen zu können, liegt falsch», sagte der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne der «Berliner Zeitung» (Mittwoch). Er kritisierte die geringe Zahl von Psychologen an den Schulen. «Wir sagen das seit Jahr und Tag und trotzdem werden Stellen abgebaut.» Der Unionsfraktionsvize Wolfgang Bosbach sagte dem Bayerischen Rundfunk, Deutschland liege einer OECD-Studie zufolge an vorletzter Stelle beim Verhältnis von Psychologen zu Schülern.

Polizei und Staatsanwaltschaft stehen noch vor umfangreichen Ermittlungsarbeiten. Sie konzentrieren sich auf die Frage, wie der 18-Jährige Amokläufer an die Waffen gekommen ist, mit denen er am Montag seine im Internet angekündigte Bluttat begangen hatte. Es müssten allein mehr als 100 Internetadressen geprüft und analysiert werden, sagte ein Polizeisprecher. Bei einer Hausdurchsuchung im Elternhaus des getöteten Amokläufers war am Montagabend auch dessen Computer sichergestellt worden.

Das nach dem Amoklauf vor mehr als vier Jahren in Erfurt geänderte Polizei-Einsatzkonzept sei aufgegangen, urteilte die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG). «Seit Erfurt gilt, dass schon die Streifenbeamten offensiv den Täter zu stoppen versuchen, auch unter Inkaufnahme der Selbstgefährdung», sagte der stellvertretende DPolG-Bundesvorsitzende, Rainer Wendt.

Der 18-jährige Einzelgänger hatte am Montag auf dem Schulhof und im Gebäude seiner ehemaligen Schule um sich geschossen und nur durch großes Glück keinen seinen Mitschüler oder Lehrer getötet. Insgesamt wurden 37 Menschen verletzt. Am schwersten traf es den 55 Jahre alten Hausmeister der Geschwister-Scholl-Realschule, der einen Bauchschuss erlitt. Der Attentäter tötete sich selbst durch einen Schuss in den Mund, noch bevor ein Spezialeinsatzkommando der Polizei das Schulgebäude stürmte.